

Weltweite Aktionen weiter entwickeln!

Politischen Druck aufbauen!

Weltweit finden in hunderten Städten Demonstrationen oder langfristige Besetzungsaktionen gegen zunehmende Verarmung, soziale Ungerechtigkeit und den schleichenden Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten statt.



Abbildung: Telepolis

Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise spüren immer mehr Menschen. Eigene bitterere Erfahrungen der Verarmung und Perspektivlosigkeit und die Einsicht, dass die gegenwärtige Gesellschaft ihnen keine wirklichen Zukunftsperspektiven bietet, treibt die Bevölkerung auf die Straßen und Plätze..

Diese Protestwelle äußert die verbreitete Ahnung, dass sich die bestehende Gesellschaft grundsätzlich falsch entwickelt. So kann es nicht weiter gehen.

Vor über drei Jahren kam es in der Folge einer weltweiten Rezession zur größten Finanzkrise seit der großen Depression. Seither besteht der wichtigste Betriebsstoff der Banken aus Steuermitteln. In der Folge sind die Schulden der Industriestaaten weltweit explodiert.

Das muss ein Ende haben!!!

Vor über zwei Jahren haben die Staaten begonnen den Finanzsektor zu reformieren. Außer kosmetischen Kleinstarbeiten ist Nichts geschehen. Gesetzesvorlagen wurden von Bankvorständen formuliert. Größere Vorhaben wurden torpediert. Es wird gesagt, die Märkte sollen es richten. Dabei funktioniert der Finanzmarkt grottenschlecht und je schlechter desto mehr Geld auf dem Spiel steht.

Jetzt ist die Zeit für gründliche Maßnahmen gekommen!!!

Vor über einem Jahr haben die europäischen Staaten begonnen zu „sparen“. Das Geld, welches in den Finanzsektor gepumpt wurde, sollte nun aus den Taschen der Bürger wieder beschafft werden. Die ersten Opfer waren Jugendliche, die keine Arbeit mehr finden. Man macht die Leute glauben, sie hätten seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse gelebt.

Das ist eine schreiende Lüge!!!

In Schleswig-Holstein haben die Finanzminister Stegner (SPD) und Wiegard (CDU) die HSH Nordbank mit ihrer Privatisierungspolitik vor die Wand gefahren. Allein in den Jahren 2007 bis 2009 sind sie als ehemalige Aufsichtsräte für einen Wertverlust in Höhe von 1,7 Milliarden Euro bei der Beteiligung des Landes an der HSH Nordbank verantwortlich. Nicht die öffentlichen Banken sind besonders unfähig, sondern eine Clique von Politikern die ihre Privatisierung betrieben haben.

Was hat der Landtag dann getan? Er hat eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen. Und er hat die Absicht bekundet die HSH Nordbank zu privatisieren.

Was hat die Landesregierung dann getan? Sie hat ein Kürzungsprogramm vorgelegt, das Blindengeld halbiert, das kostenfreie Kita-Jahr abgeschafft, die Schülerbeförderung abgeschafft, den jungen Leuten tausende von Einstiegsstellen im öffentlichen Dienst weggenommen, Frauenhäuser geschlossen und versucht eine Universität zu schließen. Und so will die Regierung weiter kürzen.

Wir fordern ein Ende der Kürzungspolitik im Land und eine vernünftige Finanzierung der öffentlichen Haushalte!!! Besteuert die Reichen!!!

Die Umverteilung muss ein Ende haben. In den Industrienationen wird seit über einer Generation ein immer höherer Anteil der wirtschaftlichen Wertschöpfung in die Taschen der Vermögenden geleitet. Diese politisch und nicht etwa nur wirtschaftlich herbeigeführte wachsende Ungleichheit ist die Wurzel der vielen Krisen, die sich zu einer großen Krise verdichten. Das Geld fällt nicht von allein nach oben! In Deutschland wurde die Umverteilung von unten nach oben mit der Agenda 2010 durchgesetzt. Wir fordern, die Agenda 2010 abzuwickeln.

Deutschland braucht jetzt eine Politik der entschiedenen Erhöhung der Anteile der Arbeitenden an der wirtschaftlichen Wertschöpfung des Landes.

Dazu muss die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union aufgegeben und durch eine solidarische Ökonomie ersetzt werden. Die Wettbewerbspolitik hat zu folgendem Resultat geführt: Einige Länder wurden wettbewerbsfähiger, nicht zuletzt Deutschland durch massive Lohnsenkungen in den letzten zehn Jahren. Daraus folgte unmittelbar, dass dann andere an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Um das zu beheben, schlägt man nun vor, die nicht wettbewerbsfähigen Länder sollten die Löhne senken, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Dass dürfte dazu führen, dass wiederum andere Länder weniger wettbewerbsfähig sind. Denen dann wiederum vorgeschlagen wird, die Löhne zu senken. Die ganze Pathologie dieses Wettbewerbs wird schlagartig klar, wenn man sich die Schweiz anguckt: Die Schweiz ist die mit Abstand wettbewerbsstärkste Volkswirtschaft in Europa. Das hat jetzt, in der von Kanzlerin Merkel befeuerten Verunsicherung dazu geführt, dass Leute, die sichere Plätze für ihre Vermögen suchen, in den Franken gehen. Dadurch wertet der Franken auf. Das führt

dazu, dass die schweizerischen Exportunternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Was also sollen diese Unternehmen machen: Die Löhne ihrer Mitarbeiter senken.

Dieser Wettbewerb ist ebenso ruinös, wie der um niedrigste Steuern. Gelingt es den wirtschaftlichen Wettbewerb wieder in menschliche Bahnen zu lenken, wird das auch zu einer Lösung der Staatsschuldenkrise führen, weil dann mehr Menschen in der Lage sind, wieder vernünftige Lasten zu tragen und nicht mehr für die Rettung der Banken zu bluten haben.

V.i.S.d.P.: Thomas Herrmann (attac Kiel), Kirchhofallee 14, 24103 Kiel.